

Gleiche Lebensverhältnisse haben Verfassungsrang

Bremer Erklärung der Vorsitzenden der LINKE Landtagsfraktionen und der BT-Fraktion

Drei Wochen vor der Bürgerschaftswahl in Bremen am 10. Mai fand in der Hansestadt die Konferenz der Vorsitzenden der Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion der LINKEN statt. In einer von ihnen verabschiedeten Bremer Erklärung wird hervorgehoben: Gleichwertige Lebensverhältnisse haben Verfassungsrang – nur eine auskömmliche Finanzierung von Ländern und Kommunen verhindert ein Auseinanderdriften der Regionen.

Gregor Gysi, Vorsitzender Bundestagsfraktion der LINKEN: „Um Armut zu bekämpfen, muss zuerst die Bundesregierung ihre Verantwortung wahrnehmen und für eine gerechtere Steuerpolitik, eine andere Sozialpolitik, aktive Arbeitsmarktpolitik sorgen und Leiharbeit, befristete Beschäftigung und Niedriglohn zurückdrängen.“

Die Mitte der Gesellschaft muss durch Beseitigung des Mittelstandsbereiches bei der Einkommenssteuer entlastet werden. Dieser jahrelangen Forderung der LINKEN haben sich die Wirtschaftsforscher in ihrem Frühjahrgutachten angeschlossen. Die Länder müssen in die Bildung investieren und gleiche Bildungschancen für alle sichern, um Auswege aus der Armut zu öffnen. Frühkindliche Bildung, schulische Bildung und Qualifizierung

ist originäre Landesaufgabe. Doch auch dabei brauchen die Länder gerade angesichts ihrer unterschiedlichen Finanzkraft Unterstützung durch den Bund. Deshalb gehört das Kooperationsverbot, also das Verbot für den Bund, Ausgaben für Bildung zu tätigen, abgeschafft. Bildung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe.

DIE LINKE fordert daher, dass sich der Bund endlich angemessen an den Bildungsausgaben beteiligt. Gerade auch, um Ungleichheiten zu beseitigen. Denn Armut steigt in Ländern und Kommunen, die ohnehin schon finanzschwach sind, während die Entwicklung in reicheren Regionen tendenziell gegenläufig ist. Gleichzeitig leiden die ärmeren Städte häufig unter Haushaltsrestriktionen und können so nicht angemessen gegensteuern. Das Grundgesetz schreibt aber die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im ganzen Land als Ziel der Politik fest. Dem darf sich die Bundesregierung nicht länger entziehen.“

Kristina Vogt, Vorsitzende der Linksfraktion in der Bremischen Bürgerschaft: „Bremen ist nicht nur das Bundesland mit der höchsten öffentlichen Verschuldung, sondern inzwischen auch das Land mit der höchsten Armutsquote. In Deutschland driften Regionen auseinander, in Bremen Ortsteile. So liegt das Jahresdurch-

schnittseinkommen in Horn bei 108.145 Euro während es in Gröpelingen-Ohlenhof bei 17.432 Euro liegt. In Horn absolvieren bis zu 85 Prozent aller Schülerinnen und Schüler das Abitur, in Gröpelingen 15 Prozent. Die Kinderarmut liegt in Gröpelingen bei fast 50 Prozent.“

DIE LINKE fordert deshalb ein konsequentes Umdenken und neues Handeln: mehr Investitionen in Bildung, Kita, Weiterbildung und Qualifikation von Erwerbslosen. Dieser Senat tut so, als ginge beides: die knallharte Sanierungsvereinbarung mit Berlin einzuhalten und trotz geringer werdender Haushaltsmittel zukünftig wahre Wunder in Sachen Armutsprävention zu betreiben. Das ist Augenwischerei: Verschuldete Länder haben kaum Möglichkeiten, dieser Aufgabe gerecht zu werden, selbst wenn sie es wollten. Folgerichtig ist Bremen das Bundesland, in dem der Bildungserfolg am stärksten von der sozialen Herkunft der Eltern abhängt. Es ist ein sich verfestigender Kreislauf von schlechten Schulabschlüssen, geringer Ausbildungsbeteiligung, Erwerbslosigkeit auf der einen und fehlenden Einnahmen und hohen Ausgaben für Sozialleistungen auf der anderen Seite. DIE LINKE fordert deshalb eine solidarische Neugestaltung der Bund-Länderfinanzen: Länder und Kommunen brauchen endlich vergleichbare Grundlagen.“ ■

Frische Fische in die Schnauder

Die LINKE Landtagsabgeordnete Ute Lukasch war in ihrem Wahlkreis dabei, als am 10. April der Thüringer Landesanglerverband in die Orangerie in Meuselwitz eingeladen hatte, um 800 kleine Bachforellen (Gewicht ca. 300 bis 400 Gramm) in die Schnauder zu entlassen. Barbara Golder, Bürgermeisterin der Stadt Meuselwitz, hatte diese Veranstaltung als Schirmherrin unterstützt. Die Abgeordnete führte interessante Gespräche mit den Vorstandsmitgliedern und dem Präsidenten des Anglervereins.

Der Landesanglerverband ist Pächter des Fischereirechtes am Fließgewässer Schnauder in der Stadt Meuselwitz. Schwerpunkte der Arbeit des Landesanglerverbandes sind der Gewässer- und Fischartenschutz sowie die Hege der Fischbestände in unseren Thüringer Gewässern. Besonderes Augenmerk wird daher auf die weitere Verbesserung der Gewässerstruktur und die natürliche Reproduktion der Fischbestände gelegt.

Die etwa 50 Gäste folgten den interessanten Vorträgen, in welchen der Verband seine vielfältigen Aktivitäten im Natur- und Umweltschutz, der Jugendarbeit und weiteren Aufgabengebieten vorstellte. Für die kleinen Gäste



aus den umliegenden Kindergärten gab es zahlreiche Informationen sowie auch die Möglichkeit, sich an der Angel auszuprobieren.

Die Anwesenden beteiligten sich dann am Aussetzen der flinken Fische. Karl-Heinz Bergner, Leiter der Regionalgeschäftsstelle Ostthüringen des Verbandes und Präsident des Anglervereins Schnaudertal, schaute den davonschwimmenden Bachforellensetzlingen hinterher und verabschiedete sie mit den Worten: „Hier gefällt es ihnen bestimmt!“

Jana Lorber

Foto: Am Angelsimulator ziemlich erfolgreich - Ute Lukasch (MdL) ■

Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

Unmoralische Angebote

Heute ein paar Mediensplitter. Da wird die Einstellung des Ermittlungsverfahrens zu den Bestechungsvorfällen im Zusammenhang mit der Wahl von Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten vermeldet. Ermittelt wurde im CDU-Umfeld. Zwei SPD-Abgeordnete hatten berichtet, „unmoralische Angebote“ erhalten zu haben.

Doch die Generalstaatsanwaltschaft geht ausdrücklich davon aus, dass es Angebote an die SPD-Abgeordneten gab. Diese seien jedoch zu vage gewesen, um den Straftatbestand der Bestechung zu erfüllen. Daran sollten die in der CDU denken, die jetzt eine „Entschuldigung“ fordern. Moralisch integer zu handeln, sieht anders aus. Wenigstens amüsant agiert da noch der CDU-Bundestagsabgeordnete Christian Hirte. Der ist nicht nur Jurist, sondern auch Humorist. Er bringt es fertig, die dubiosen Hinterzimmergespräche mit den Koalitionsverhandlungen von Rot-Rot-Grün gleichzusetzen. Klar ist inzwischen wohl auch, dass der DDR-Nationalpreisträger und frühere SPD-Landesvorsitzende Gerd Schuchardt vor der Ramelow-Wahl einen Teil dieser Arbeit für die CDU gemacht hat.

Kaum noch eine Nachricht, weil typisch: die Niedriglohnfanatiker der CDU-Thüringen, die über Jahre den letzten Platz des Freistaats in der Lohnentwicklung als „Standortvorteil“ bejubelt hatten, gönnen den Beschäftigten nicht einmal den Mindestlohn; dieser „entpuppt sich als Bürokratiemonster“, jammern sie jetzt. Das ist in etwa so lächerlich wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Die befürchtet aktuell, es gerate das „Schulsystem ins Wanken“. Weil zu viele Schüler das Abitur machen. Witzig: Das dröge Zentralorgan pensionierter westdeutscher Gymnasiallehrer warnt vor einem vermeintlichen „Gymnasial- und Akademisierungswahn“. Wie ich das nenne? Die Spießbürgerlichkeit frisst ihre Kinder. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.